

# Hürzeler warnt vor Millionen-Kosten

**Abstimmung** Die Initiative der Lehrplan-Gegner bringe dem Aargau neue Probleme, sagt der Bildungsdirektor

VON ROLF CAVALLI

**Herr Hürzeler, es wurde schon viel Pro und Kontra argumentiert. Weshalb ist Ihnen als Bildungsdirektor ein Nein zur Initiative so wichtig?**

Alex Hürzeler: Die Initiative hält nicht, was sie verspricht. Mit dem Titel wird suggeriert, dass über den Lehrplan 21 abgestimmt wird. Dem ist nicht so: Abgestimmt wird über den neu formulierten Paragrafen 13 im Schulgesetz. Dieser enthält jedoch keine Aussage, die verhindert, dass der Deutschschweizer Lehrplan 21 auch im Aargau als Vorlage für einen neuen kantonalen Lehrplan dient. Wer Ja stimmt, wäre enttäuscht im Nachhinein.

**Trotzdem: Wer diesem Lehrplan kritisch gegenübersteht, stimmt der Initiative im Zweifelsfall zu.**

Nochmals: Auch bei einer Annahme der Initiative müssen wir uns an den anderen Kantonen orientieren. Der Lehrplan 21 dient allen 21 deutschsprachigen Kantonen als Grundlage. An dieser Ausgangslage ändert auch der zur Abstimmung gelangende Initiativtext nichts.

**Dann kann man umgekehrt aber auch geradeso gut Ja stimmen, wenn es eh keine Rolle spielt. Ein Ja zur Initiative wäre als Signal zu verstehen, den Aargauer Lehrplan möglichst weit weg vom Lehrplan 21 zu formulieren.**

Doch, natürlich spielt es eine Rolle. Die Initiative verlangt zusätzlich einen Rahmenlehrplan für den Kindergarten, die aufwendige Einarbeitung von Jahreszie-

**«Der einengende Fächerkanon würde uns zu einem Sonderfall machen.»**

len für alle Fächer und sie schreibt die zu unterrichtenden Fächer der Primarschule und der Oberstufe auf Gesetzesebene fest. Im Übrigen erfüllt auch der heute geltende Aargauer Lehrplan diese Forderungen nicht und müsste aufwendig angepasst werden.

**Dieses Korsett will die Initiative ja bewusst, weil sie zum Beispiel die geplanten Sammelfächer im Lehrplan 21 verhindern will. Darum: Wer dieses Ziel hat, stimmt Ja.**

Wieso? Der Lehrplan 21 lässt es den Kantonen frei, in den Stundentafeln der einzelnen Stufen Einzelfächer abzubilden. Hingegen würde uns der einengende Fächerkanon zu einem Sonderfall in der Bildungslandschaft Schweiz machen. Wir könnten zum Beispiel nur



**SVP-Regierungsrat Alex Hürzeler: «Wichtige Themen wie Technik oder Wirtschaft würden nicht mehr abgedeckt.»**

SANDRA ARDIZZONE

Aargaus an das interkantonale Lehrplanprojekt. Dieses Geld ist bereits ausgegeben. Den Aufwand, der für die kantonalen Anpassungen und die Erarbeitung der Aargauer Stundentafeln noch anfallen wird, können wir im Rahmen des ordentlichen Budgets und Stellenetats abdecken. Bei einem Ja zur Initiative kommen die oben erwähnten Kosten jedoch noch obendrauf.

**Sie appellieren an die Vernunft. Ihre Partei hat am Donnerstag trotzdem die Ja-Parole gefasst. Handelt die SVP unvernünftig?**

Ich habe mich gefreut, dass doch rund ein Drittel der Teilnehmenden die Haltung des Regierungsrats stützt.

**Sie können offenbar noch so lange argumentieren. Die SVP-Parole sieht nach einem Misstrauensvotum gegen die Schulpolitik aus.**

Das spüre ich auch heraus. Es ist wohl eine Stellvertreterdiskussion über Entwicklungen in Gesellschaft und Schule. Natürlich läuft da nicht alles rund. Da müssen wir im Gespräch bleiben. Aber diese Initiative löst kein einziges Problem, im Gegenteil: Sie schafft neue.

**Sie selber waren ja auch nicht immer überzeugt vom Lehrplan 21 und haben sich damals der Stimme enthalten bei der Abstimmung an der Erziehungsdirektorenkonferenz. Woher der Wandel?**

Es stimmt, dass ich zu Beginn des Prozesses kritisch eingestellt war. Vom ersten Entwurf bis zur definitiven Fassung konnten auch dank kritischen Rückmeldungen aus den Vernehmlassungen und meinen Interventionen deutliche Verbesserungen erzielt werden. Der Deutschschweizer Lehrplan 21 ist konkreter, präziser und kürzer geworden. Und nochmals: Jeder Kanton kann auf dieser Basis nun seinen konkreten Lehrplan selber festlegen.

**Abschliessend: Können Sie den Skeptikern versprechen, dass die Schule auch mit dem Lehrplan 21 nicht umgekrempelt wird?**

Ich versichere: Der Kanton Aargau hat weiterhin zwei Jahre Kindergarten, sechs Jahre Primarschule und drei Jahre Oberstufe mit Real, Sek und Bez. Der Lehrplan regelt nur, was die Schüler wissen und können sollen. Wie das gelehrt wird, bleibt in der Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. Und natürlich wird es auch weiterhin Noten geben.

noch eine Fremdsprache in der Primarschule anbieten, was dem Bundesauftrag widerspricht. Wobei die Initianten nicht mal klarmachen, ob das Französisch oder Englisch wäre. Zudem werden zunehmend wichtige Themen wie Technik, Wirtschaft, Medien oder Berufsorientierung mit den aufgezählten Fächern nicht abgedeckt.

**Die Initianten behaupten, man könne problemlos Fächer ergänzen im Nachhinein.**

Heute können wir Fächer auf Verordnungsebene anpassen, weil das Schulgesetz dies so vorsieht. Bei Annahme der

Initiative wäre dies nicht mehr der Fall. Klar, man könnte das Gesetz wieder ändern und zum Beispiel aus dem Wort «Fremdsprache» «Fremdsprachen» machen. Dies verlangt aber jeweils den ordentlichen Gesetzgebungsprozess, der bekanntlich seine Zeit braucht und entsprechend Aufwand bedeutet.

**Der Regierungsrat warnt zusätzlich vor Mehrkosten bei einem Ja. Das ist ein Totschlägerargument in Zeiten des Sparens. Können Sie das konkret beziffern?**

Ein Alleingang kostet immer. Wir müssten zusätzlich einen Rahmenlehrplan

für den Kindergarten entwickeln, Jahrgangsziele für alle Fächer definieren, die Lehrplanziele auf die festgeschriebenen Fächer herunterbrechen und passende Lehrmittel schaffen. Wir haben aber nicht mal mehr einen eigenen Lehrmittelverlag. Weiter müssten unsere Lehrer speziell ausgebildet werden. Alles in allem würde dieser Aargauer Alleingang für den Kanton und die Gemeinden zu einem Mehraufwand in Millionenhöhe führen.

**Der Lehrplan 21 ist aber auch nicht gratis. Was kostet der?**

600 000 Franken war der Beitrag des

**Drei Zusatzfragen an Alex Hürzeler im Video finden Sie online.**

INSERAT

Dr. Markus Dieth  
Regierungsrat  
Vorsitzer des  
Departements Finanzen  
und Ressourcen des  
Kantons Aargau

**«Ja zu einer ausgewogenen Finanzierung.»**

www.NAF-ja.ch

Am 12. Februar  
**JA**  
zum NAF

So fährt die Schweiz gut.

## Neue Sparpakete befürchtet

**Abstimmung** Die SP Aargau hält die Zustimmung der Kantonsregierung zur Unternehmenssteuerreform für blauäugig.

57 Delegierte der SP Aargau fanden sich in Aarau ein, um die Parolen zu den Abstimmungen vom 12. Februar zu fassen. Als Gast begrüsst sie die Luzerner SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, die zur Unternehmenssteuerreform (USR III) referierte. «Dem Bund, dem Kanton und den Gemeinden fehlt es bereits heute durch Steuerausfälle an etlichen Millionen Franken. Schuld daran sind die letzten Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen zum Beispiel durch die USR II», so Birrer-Heimo. Die aktuellen Abbaumassnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt, Kultur und Alter im Kanton Aargau seien eine direkte Folge davon.

Die SP Aargau kritisiert die Abstimmungsempfehlung des Regierungsrats als «blauäugig», die USR III hätte weite-

re drastische Steuerausfälle und Abbaupakete zur Folge. Unverständlich ist die blauäugige Abstimmungsempfehlung des Regierungsrats. Entsprechend beschlossen die Delegierten ein einstimmiges Nein.

**Familien stärken**

Steigende Lebenshaltungskosten und damit verbunden fehlende finanzielle Mittel erhöhen das Armutsrisiko für Familien. Die SP fordert in einer kantonalen Volksinitiative direkte finanzielle Hilfe für von Armut betroffene Familien in Form von Kinderbeihilfen. Kinderbeihilfe sei ein bewährtes und wirksames Instrument, um dort zu helfen, wo es wirklich notwendig ist. Beispielsweise dort, wo selbstverständliche Dinge wie Sportverein oder Musikunterricht finanziell nicht möglich sind. Die Delegierten sprachen sich einstimmig für die Initiative aus.

Ja sagt die SP auch zur Initiative der Gewerkschaften für eine kantonale Arbeitslosenhilfe. «Die hohe Arbeitslosigkeit und der rasante Wandel des Arbeitsmarkts machen eine Unterstü-

tzung von Aus- und Weiterbildungen unumgänglich und fordern von Arbeitnehmern ein hohes Mass an Anpassungsfähigkeit, da sie sonst auf der Strecke bleiben», so Florian Vock, Vizepräsident des Aargauischen Gewerkschaftsbundes. Das Potenzial der Fachkräfte müsse genutzt werden, um die Zukunft des Kantons durch gut ausgebildetes und zukunftsorientiertes Personal zu stärken. Langfristig werde durch eine solche Investition die Staatskasse entlastet.

Die Aargauer Volksschulen sollen zu keiner Ausnahme in der Deutschschweiz werden, und das Bildungsangebot soll nicht unnötig eingeschränkt werden, waren sich die SP-Delegierten schliesslich einig. Eine Einschränkung würde nicht zu den gewünschten Verbesserungen führen, hohe Kosten verursachen und wäre mit Veränderungen am bestehenden Lehrplan verbunden. Insbesondere müsste auf die zweite Fremdsprache in der Primarschule verzichtet werden. Die Delegierten lehnen deshalb die Initiative gegen die Einführung des neuen Lehrplans ab. (AZ)

INSERAT

**SFB** SWISS FAMILY BUSINESS

**« Mit der Steuerreform sichern wir über 5 Milliarden Steuereinnahmen – davon profitieren auch KMU und Familienbetriebe. »**

Peter Fischer  
Delegierter des Verwaltungsrates,  
Fischer Reinach AG, Reinach

**ja** FAMILIENUNTERNEHMEN FÜR DIE STEUERREFORM

www.swiss-family-business.ch